



Friedrichshafen
Oberschwaben
Singen

Südkurier, 02.05.2018

Onlineartikel

Mai-Kundgebung in Singen: Gewerkschafter kritisiert Leiharbeit, Zeitverträge und Lohn-Dumping

Der Wirtschaft geht es gut. Den Menschen auch? Der Hauptredner bei der 1.Mai-Feier in Singen hatte da so seine Zweifel.



Der 1. Mai bietet den Gewerkschaften die Möglichkeit zu klaren Worten. Ein bisschen hat sich der Kundgebungscharakter aber auch zum Familientag entwickelt. Das Bild zeigt die Ankunft des IG-Metall-Demonstrationszuges an der Scheffelhalle. | Bild: Hajo Eckert

Es herrscht Volksfeststimmung in der Singener Scheffelhalle. Nach einem ökumenischen Gottesdienst in der Herz-Jesu-Kirche spazierten zirka 100 Gewerkschafter im Demozug, musikalisch begleitet vom Blasorchester der Stadt Singen, in Richtung der Halle. Am Veranstaltungsort unterhält das Blasorchester die etwa 150 Besucher der 1. Mai-Kundgebung der IG-Metall weiter bis zum Auftritt des Hauptredners. Als Überleitung zur 1. Mai-Rede spielt das Orchester den Deutschmeister Regimentsmarsch. Das Stimmungsbarometer steigt. Das Motto der diesjährigen Kundgebung lautet Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit.

Als Hauptredner der Kundgebung kritisiert Christoph Ehlscheid, Abteilungsleiter Sozialpolitik in der IG-Metall Vorstandsverwaltung Frankfurt/Main, die von der Berliner Politik dargestellte Scheinwelt einer sozialen Gerechtigkeit in

Deutschland. "Deutschland als Exportweltmeister, dazu steigende Beschäftigungszahlen" – diese Jubeleien könne er nicht mehr hören. Die Realität sehe anders aus: Leiharbeit, Werkverträge, Befristung der Arbeitsverträge. Die Kaufkraft der unteren 30 Prozent sei gesunken und das sei ein sozialpolitischer Skandal. Die Beschäftigung nehme zwar zu, aber nicht unbedingt der Wohlstand. Arbeit war einst Quelle von Wohlstand, heute sei sie Quelle der Armut. Kein Lohndumping in den Unternehmen, so die Forderung. Umverteilung sei angesagt. "Umverteilung und Gerechtigkeit ist der Maßstab für die neue Regierung", so Christoph Ehlscheid weiter. Große Reformen stünden aber nach wie vor aus.



Christoph Ehlscheid, Abteilungsleiter Sozialpolitik in der IG-Metall
Vorstandsverwaltung Frankfurt/Main | Bild: Hajo Eckert

Vor der Halle, am Stand der SPD, diskutieren Besucher über die Zukunft von Hartz-IV. Deren Meinung: Hartz-IV werde sicher abgeschafft. Ein unbedingtes Grundeinkommen könne das Sozial-Dumping ersetzen. In der Halle steht für den Hauptredner fest, dass Hartz-IV versagt habe. Die Äußerung des amtierenden Gesundheitsministers, wonach Hartz-IV keine Armut bedeute, sei eine Frechheit. Auch die Attacke auf das Arbeitszeitengesetz durch Unternehmer widerlaufe den Interessen der Gewerkschaft. Acht Stunden Arbeit bei elf Stunden Erholung solle bleiben, "Digitalisierung hin oder her". Den Arbeitgebern reichten die Gewerkschaften die Hände, die neue Produkte entwickeln und fortschrittliche, soziale Beschäftigungskonzepte umsetzen. Dies gelte jedoch nicht für bei unternehmerischer Profit-Gier. "Ja zum ökologischen Umbau, nein zum Sozialabbau", verkündet Christoph Ehlscheid.



Blick in die Scheffelhalle. Ca. 150 Gewerkschafter an der Mai-Kundgebung. "Die Kundgebung am Rathaus haben viele Gewerkschafter boykottiert, die Scheffelhalle entspräche dem Anlass besser", sagt Erwin Gut aus Engen | Bild: Hajo Eckert

Viel habe sich verändert in der Arbeitswelt seit Einführung des 1. Mai-Feiertags. "Eine tiefgreifende Umwälzung ist vonstatten gegangen", sagt der IG-Metaller. Er beklagt die gesellschaftliche Spaltung. Viele würden in der heutigen Arbeitswelt nicht mehr mitkommen und abgehängt, zum Beispiel durch den schnellen technologischen Wandel. Die Digitalisierung und Globalisierung seien Treiber dieser Entwicklung. Die damit verbundene Frage sei, ob alle eine faire Chance bekommen. Der DGB habe die Debatte über die Transformation der Arbeit eröffnet.



Familienfest rund um die Scheffelhalle | Bild: Hajo Eckert

Eine Förderung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung sei ein Ansatz zur Problemlösung. Auch ein fairer Ausstieg in die Rente müsste ältere Arbeitnehmer vor der Erwerbslosigkeit schützen. Die Debatte über das solidarische Grundeinkommen solle in diesem Zusammenhang weitergeführt werden. Damit verbunden sei die öffentlich geförderte aktive Beschäftigung auf einem zweiten Arbeitsmarkt. Der passive Leistungsempfang solle zur aktiven Arbeitsleistung transferiert werden. Jedoch dürfe dies nicht in Form von Ein-Euro-Jobs oder Arbeitsdienst passieren, sondern als tarifliche, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Tätigkeiten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht angeboten werden.

Die Stimmen der Gewerkschaft sollen an diesem Tag auch in Berlin gehört werden, sagt Lore Dizinger, stellvertretende Vorsitzende des IG-Metall Kreisverbandes Konstanz. "Der 1. Mai ist unser Feiertag".